



Protokollauszug

aus der
41. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 06.06.2018

öffentlich

**Top 8.21 Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen nach dem Prostitu-
iertenschutzgesetz (ProstSchG) der Landeshauptstadt Potsdam
18/SVV/0365
an Gremium überwiesen**

Die Vorlage wird vom Oberbürgermeister, Herrn Jakobs, eingebracht und um sofortige Abstimmung gebeten.

Nach kontroverser Diskussion stellt der Oberbürgermeister den **Geschäftsordnungsantrag**, die Vorlage in die Ausschüsse für Finanzen und für Gesundheit, Soziales und Inklusion (ff) zu überweisen.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Sudhoff, Fraktion DIE LINKE, beantragt darüber hinaus die Überweisung in den Hauptausschuss.

Abstimmung:

Die **Überweisung** in den **Hauptausschuss** wird

mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Abstimmung:

Die **Überweisung** in die **Ausschüsse für Finanzen und für Gesundheit, Soziales und Inklusion (ff)** wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Persönliche Erklärung:

Der **Stadtverordnete Schüler, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, bittet darum, die Äußerung des Oberbürgermeisters über „die überforderten Stadtverordneten“ zurückzuweisen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Erhebung von Gebühren für Leistungen nach dem Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) der Landeshauptstadt Potsdam.